

16.12.2012 – 18:27 Uhr

Neue Westfälische (Bielefeld): Amoklauf in den USA Unterlassene Hilfeleistung DIRK HAUTKAPP, WASHINGTON

Bielefeld (ots) -

Nach jedem Blutausch das gleiche makabre Ritual Amerika blickt im Fernsehen in die Gesichter der am Boden zerstörten Angehörigen. Reporter befeuern Mitleid. Politiker äußern Trauer und Entsetzen. Am Ende lässt der Mann im Weißen Haus halbmast flaggen, geißelt die sinnlose Gewalt, wirbt um Rückbesinnung auf amerikanische Werte bis zum nächsten Amoklauf. Echtes Innehalten, spürbare Gegenmaßnahmen: Fehlangezeige. Die Hasenfüßigkeit der Politik gegenüber der Waffenlobby erhält jedes Mal den Status quo. Mehr noch: Die Angst vor jenen, die damit drohen, den bis zur Unkenntlichkeit verbogenen Mythos von "Freiheit gleich Waffenbesitz" an der Wahlurne bis zur letzten Patrone zu verteidigen, hat zu einer Realitätsverdrängung geführt, die beispiellos ist unter zivilisierten Industrienationen. Kanada und Australien haben nach Katastrophen wie der in Newtown entschlossen gehandelt und einen spürbaren Rückgang bei den Todeszahlen erreicht. Amerika findet sich damit ab, dass pro Jahr Zehntausende durch Schusswaffengewalt sterben. Warum das so ist? Weil es in Amerika unter dem Strich immer noch leichter ist, legal ein halbautomatisches Mordwerkzeug zu erwerben, als eine Kreditkarte zu bekommen oder einen Mietvertrag. Ein grotesk überreguliertes Land leistet sich ausgerechnet Laissez-faire, wenn es um Leben und Tod geht. Wie lange noch? Dass die Genug-ist-genug-Rufe seit Newtown lauter als sonst klingen, dass sich Politiker aus der Ecke wagen, die in anderen Fällen die Augen vor der Katastrophe verschlossen hielten, ist allein der Zahl und dem Alter der Opfer geschuldet. Nicht den Ursachen einer durch und durch gewalttätigen Gesellschaft, die an ihrer Militanz langsam erstickt. Schon ab heute werden die Waffenverkäufe wieder landesweit nach oben schnellen. Aus Angst, Washington könnte doch Ernst machen und den Waffenverkauf reglementieren. Vor der Wahl hätte sich Obama mit einer entschlossenen Strategie für weniger Waffen ins Knie geschossen und seinem Widersacher Mitt Romney den Sieg verschafft. Jetzt, ohne Wiederwahlsorgen, gibt es keinen Grund mehr für Passivität, Wegducken und Durchwursteln. Mag sein, dass die Verfassung jedem Staatsbürger das Grundrecht zugesteht, "Waffen zu tragen und zu besitzen". Mag sein, dass die Hälfte der Amerikaner trotz aller Amokläufe schärfere Waffengesetze ablehnt. Führungskraft beweist sich, indem man das Richtige tut, wenn der Wind von vorne weht. Bis 2004 waren halbautomatische Gewehre verboten, und in den Magazinen durften maximal zehn Schuss sein. Diesen Bann schnellstens wieder gesetzlich in Kraft zu setzen und die Hürden für den Waffenerwerb drastisch nach oben zu schrauben ist das Mindeste, was ein verantwortungsvoller Kongress zu tun hat. Besonnenen Waffenbesitzern, die über die Mündung ihres Pistolenlaufs hinausschauen können, müsste das einleuchten. Alles andere ist unterlassene Hilfeleistung.

Pressekontakt:

Neue Westfälische

News Desk

Telefon: 0521 555 271

nachrichten@neue-westfaelische.de

Original-Content von: Neue Westfälische (Bielefeld), übermittelt durch news aktuell
Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.de/pm/65487/2383772> abgerufen werden.